No. 56623*

Austria
and
Switzerland

Agreement between the Republic of Austria and the Swiss Confederation concerning cooperation in the field of cross-border protection of the airspace against non-military threats from the air. Wals-Siezenheim, 28 September 2017

Entry into force: *1 February 2019, in accordance with article 17(1)*

Authentic text: *German*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Austria, 1 April 2021*

**No UNTS volume number has yet been determined for this record. The Text(s) reproduced below, if attached, are the authentic texts of the agreement /action attachment as submitted for registration and publication to the Secretariat. For ease of reference they were sequentially paginated. Translations, if attached, are not final and are provided for information only.*

Autriche
et
Suisse

Accord entre la République d'Autriche et la Confédération suisse sur la collaboration en matière de sûreté aérienne transfrontalière contre les menaces aériennes non militaires. Wals-Siezenheim, 28 septembre 2017

Entrée en vigueur : *1er février 2019, conformément au paragraphe 1 de l'article 17*

Texte authentique : *allemand*

Enregistrement auprès du Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies : *Autriche, 1er avril 2021*

**Aucun numéro de volume n'a encore été attribué à ce dossier. Les textes disponibles qui sont reproduits ci-dessous sont les textes originaux de l'accord ou de l'action tels que soumis pour enregistrement. Par souci de clarté, leurs pages ont été numérotées. Les traductions qui accompagnent ces textes ne sont pas définitives et sont fournies uniquement à titre d'information.*

[GERMAN TEXT – TEXTE ALLEMAND]

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft bezüglich der Zusammenarbeit im Bereich der grenzüberschreitenden Sicherung des Luftraums gegen nichtmilitärische Bedrohungen aus der Luft

Die Republik Österreich und die Schweizerische Eidgenossenschaft, nachstehend "Parteien" genannt,

- in der Absicht, ihre Zusammenarbeit auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung und der Berücksichtigung der Interessen der Republik Österreich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zu fördern;
- im Bestreben, das gegenseitige Vertrauen, die Sicherheit und die Stabilität in Europa zu stärken;
- unter Betonung der langjährigen und tiefgehenden Beziehungen sowie der guten Nachbarschaft der Parteien;
- in Anbetracht der strategischen Bedeutung des Luftraums für die Sicherheit jedes Staates;
- im Wunsch, einen geeigneten Rahmen für die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherung des Luftraums festzulegen;
- unter Berücksichtigung des Übereinkommens vom 19. Juni 1995 zwischen den Vertragsstaaten des Nordatlantikvertrags und den anderen an der Partnerschaft für den Frieden teilnehmenden Staaten über die Rechtsstellung ihrer Truppen, nachstehend "PfP-Truppenstatut" genannt, und des Zusatzprotokolls vom 19. Juni 1995 zu dem Übereinkommen zwischen den Vertragsstaaten des Nordatlantikvertrags und den anderen an der Partnerschaft für den Frieden teilnehmenden Staaten über die Rechtsstellung ihrer Truppen;
- in Übereinstimmung mit ihren internationalen Verpflichtungen;

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1: Zweck und Geltungsbereich

1. Zweck dieses Abkommens ist die Festlegung der Bedingungen und Formen der bilateralen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der grenzüberschreitenden Sicherung des Luftraums gegen nichtmilitärische Bedrohungen aus der Luft, nachstehend "Zusammenarbeit" genannt, sowie die Bestimmung der Rechtsstellung des involvierten militärischen und zivilen Personals und von dessen Angehörigen, die von einer Partei in das Staatsgebiet der anderen Partei entsandt werden.

2. Dieses Abkommen gilt nicht für die Planung, Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen gegen militärische Bedrohungen.

Artikel 2: Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Abkommens gelten die folgenden Begriffe:

a) "Empfangende Partei" ist die Partei, in deren Staatsgebiet Aktivitäten der Zusammenarbeit stattfinden.

b) "Entsendende Partei" ist die Partei, die Personal und Mittel in das Staatsgebiet der anderen Partei zur Teilnahme an den Aktivitäten der Zusammenarbeit entsendet.

c) "Personal der entsendenden Partei" ist das militärische und zivile Personal der Streitkräfte und des für Verteidigung zuständigen Ministeriums des Entsendestaates, das an Aktivitäten der Zusammenarbeit teilnimmt, sowie dessen Angehörige.

d) "Nichtmilitärische Bedrohung aus der Luft" ist eine Bedrohung, die durch ein bemanntes oder unbemanntes Luftfahrzeug ausgelöst wird, das im Verdacht steht, rechtswidrig verwendet zu werden, und somit eine Partei durch eine Verletzung ihrer Lufthoheit potenziell gefährdet.

e) "Einsatzbehörde" bezeichnet die für die Durchführung von Maßnahmen zur Sicherung des Luftraums jeweils national zuständige Behörde.

Artikel 3: Souveränität

Die Zusammenarbeit erfolgt unter Achtung der Souveränität sowie der jeweiligen Befugnisse der Parteien und ändert nichts an der völkerrechtlichen Zuständigkeit der Parteien zur Sicherung ihres eigenen Luftraums.

Artikel 4: Zuständigkeiten und Durchführungsvereinbarungen

1. Für die Umsetzung dieses Abkommens sind zuständig:

- in der Republik Österreich der Bundesminister für Landesverteidigung und Sport und

- in der Schweizerischen Eidgenossenschaft das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport.

2. Die in Absatz 1 genannten Behörden legen in Durchführungsvereinbarungen die zur Umsetzung dieses Abkommens erforderlichen Einzelheiten fest.

Artikel 5: Maßnahmen der Zusammenarbeit

1. Im Rahmen der Zusammenarbeit tauschen die Parteien systematisch Daten und Auskünfte aus, insbesondere bezüglich der allgemeinen Luftlage sowie der Interventionskapazitäten der Parteien gegen nichtmilitärische Bedrohungen aus der Luft.

2. Die Parteien sehen die folgenden Maßnahmen zur Identifikation verdächtiger Luftfahrzeuge im Sinne von Artikel 2 lit. d durch ihre Luftfahrzeuge vor, die im Rahmen der Zusammenarbeit ergriffen werden können:

a) Überwachung und Verfolgung, auch ohne für den Überwachten sichtbar zu werden;

b) visuelle Identifizierung;

c) Begleitung;

d) Erstellen eines visuellen Nachweises;

e) Befragung.

3. Die Parteien sehen die folgenden Maßnahmen zur Intervention gegen verdächtige Luftfahrzeuge im Sinne von Artikel 2 lit. d durch ihre Luftfahrzeuge vor, die im Rahmen der Zusammenarbeit ergriffen werden können:

a) Aufforderung per Funk oder Zeichen zur Änderung der Flugroute;

b) Aufforderung per Funk oder Zeichen zur Landung auf einem bezeichneten Flugplatz;

c) Erkennbarmachung der Anwesenheit der Luftfahrzeuge, die im Rahmen der Zusammenarbeit eingesetzt sind, durch Einsatz von Infrarotlockzielen, um der Aufforderung nach lit. a und b Nachdruck zu verleihen.

4. Für die Zusammenarbeit können alle technischen Mittel eingesetzt werden, die zur Sicherung des Luftraums beitragen.

5. Der entsendenden Partei ist der Einsatz von Waffen im Staatsgebiet der empfangenden Partei nicht gestattet.

Artikel 6: Grenzüberschreitender Einsatz

1. Im Rahmen der Zusammenarbeit entscheidet die jeweilige Einsatzbehörde einer Partei, ob sie einen Einsatz eigener Luftfahrzeuge im Luftraum der anderen Partei durchführt, und teilt dies der Einsatzbehörde der empfangenden Partei unverzüglich mit.

2. Der Einsatz von Luftfahrzeugen einer Partei im Luftraum der anderen Partei zum Zwecke der Umsetzung dieses Abkommens ist zulässig und bedarf keiner weiteren Genehmigungen.

3. Die Einsatzbehörden beider Parteien koordinieren den Einsatz von Luftfahrzeugen der entsendenden Partei im Luftraum der empfangenden Partei. Die Einsatzbehörde der empfangenden Partei kann den Einsatz jederzeit zeitlich und örtlich begrenzen oder dessen Beendigung verlangen. Die entsendende Partei wird solchen Verlangen nachkommen.

4. Die Einsatzbehörde der empfangenden Partei übernimmt so rasch wie möglich die Leitung des Einsatzes von nach Absatz 2 eingesetzten Luftfahrzeugen der entsendenden Partei und erteilt die dafür notwendigen Anordnungen bezüglich der zu ergreifenden Maßnahmen. Die Einsatzbehörde der empfangenden Partei stellt sicher, dass die angeordneten Maßnahmen nach diesem Abkommen zulässig sind.

5. Ist die empfangende Partei im Rahmen der Zusammenarbeit außerstande, die Leitung von nach Absatz 2 eingesetzten Luftfahrzeugen der entsendenden Partei zu übernehmen, oder ist dies unzweckmäßig, kann die entsendende Partei dennoch alle notwendigen Maßnahmen nach Artikel 5 Absatz 2 und 3 ergreifen; Absatz 3 gilt sinngemäß.

Artikel 7: Einsatz in grenznahen temporären Flugbeschränkungs- oder Luftsperrgebieten

1. Bei Bedarf stimmen sich die Parteien bei der Festlegung temporärer Flugbeschränkungs- oder Luftsperrgebiete im grenznahen Raum so ab, dass zusammenhängende temporäre Flugbeschränkungs- oder Luftsperrgebiete beidseits der gemeinsamen Grenze entstehen. Die Parteien koordinieren ihre Maßnahmen zur Veröffentlichung und Durchsetzung solcher Gebiete.

2. Für die Dauer des Bestehens von Flugbeschränkungs- oder Luftsperrgebieten nach Absatz 1 können beide Parteien im Luftraum dieser Gebiete alle notwendigen Maßnahmen nach Artikel 5 Absatz 2 und 3 ergreifen. Die Einsatzbehörden koordinieren die Maßnahmen.

Artikel 8: Unterstützungsmaßnahmen

Im Rahmen der Zusammenarbeit ermöglicht die empfangende Partei der entsendenden Partei den optimalen Einsatz ihrer Mittel. Dies umfasst insbesondere:

a) die grundsätzlich vorrangige Behandlung von Luftfahrzeugen der entsendenden Partei im Luftraum der empfangenden Partei;

b) die Zuweisung angemessener Warteräume im eigenen Luftraum;

c) die Landeerlaubnis auf dem Gebiet der empfangenden Partei;

d) die Starterlaubnis an jedes gelandete Luftfahrzeug der entsendenden Partei zum neuen Einsatz oder zur Rückkehr in das Staatsgebiet der entsendenden Partei;

e) die Erlaubnis, notwendige Wartungs- oder Reparaturarbeiten an Luftfahrzeugen der entsendenden Partei vorzunehmen, die auf einem Flugplatz der empfangenden Partei gelandet sind, sowie deren bestmögliche Unterstützung;

f) die Erlaubnis der Ein- und Ausreise sowie des Aufenthalts des benötigten Wartungs- und Reparaturpersonals;

g) die Erlaubnis der steuer- und abgabefreien Ein- und Ausfuhr von Material, das für die Wartungs- und Reparaturarbeiten nach lit. e benötigt wird, sowie von Ersatzteilen.

Artikel 9: Gemeinsame Übungen

Die Parteien führen regelmäßig gemeinsame grenzüberschreitende Übungen zur Vorbereitung der Zusammenarbeit durch.

Artikel 10: Flugsicherheit

1. Die Parteien sind für den technischen Zustand und die Lufttüchtigkeit der von ihnen eingesetzten Luftfahrzeuge, für deren Ausrüstung und deren sicheres Funktionieren verantwortlich.

2. Im Falle von Unfällen oder Zwischenfällen mit Luftfahrzeugen der entsendenden Partei im Staatsgebiet der empfangenden Partei werden alle technischen Untersuchungen und Verfahren in Übereinstimmung mit der nationalen Gesetzgebung der empfangenden Partei durchgeführt. Die empfangende Partei stellt der entsendenden Partei unverzüglich alle Daten und relevanten Informationen zum Unfall oder zum Zwischenfall zur Verfügung.

3. Die entsendende Partei kann Sachverständige benennen, die das Recht zur Mitwirkung in der Untersuchungskommission der empfangenden Partei sowie zum Zugang zur Unfallstelle und zum Erhalt aller einschlägigen Informationen haben. Der Bericht über die Ergebnisse der Untersuchung ist der entsendenden Partei zu übermitteln.

4. Die empfangende Partei kann auf Ersuchen der entsendenden Partei Sachverständige der entsendenden Partei mit der Durchführung von Teilen der Untersuchung beauftragen.

5. Ergänzend zu den Absätzen 3 und 4 und ohne die Untersuchungen der empfangenden Partei zu behindern, kann die entsendende Partei in Abstimmung mit der empfangenden Partei eine eigene technische Untersuchung eines Unfalls oder Zwischenfalls im Staatsgebiet der empfangenden Partei, in den ein Luftfahrzeug der entsendenden Partei involviert ist, durchführen. Die Kosten einer derartigen Untersuchung werden von der entsendenden Partei getragen.

Artikel 11: Rechtsstellung

1. Die Rechtsstellung des Personals der entsendenden Partei während seines Aufenthalts auf dem Staatsgebiet der empfangenden Partei und die Beurteilung von Schadenersatzansprüchen richten sich nach dem PfP-Truppenstatut und seinem Zusatzprotokoll.

2. Das Personal der entsendenden Partei hat während seines Aufenthalts im Staatsgebiet der empfangenden Partei die nationale Gesetzgebung der empfangenden Partei zu beachten, einschließlich der geltenden Umweltschutz- und Sicherheitsbestimmungen.

3. Die empfangende Partei stellt sicher, dass die für den Aufenthalt des Personals der entsendenden Partei in ihrem Staatsgebiet notwendigen administrativen Voraussetzungen bestehen, und unterstützt das Personal der entsendenden Partei in technischen und logistischen Belangen.

4. Das Personal der entsendenden Partei ist während seines Aufenthalts im Staatsgebiet der empfangenden Partei berechtigt, die militärische Uniform nach den Bestimmungen und Vorschriften der entsendenden Partei zu tragen.

Artikel 12: Medizinische Versorgung

1. Die Parteien entsenden nur Personal, das ausreichend gegen Krankheit und Unfall versichert ist.

2. Medizinische Nothilfe für das Personal der entsendenden Partei wird kostenlos durch die empfangende Partei erbracht. Auf Verlangen der entsendenden Partei werden die weitere Behandlung von Patienten sowie deren Überführung in medizinische Einrichtungen durch die empfangende Partei durchgeführt oder veranlasst. In diesen Fällen übernimmt die entsendende Partei die anfallenden Kosten, soweit nicht eine Versicherung diese Kosten übernimmt.

Artikel 13: Kosten der Umsetzung des Abkommens

Jede Partei trägt ihre mit der Umsetzung dieses Abkommens verbundenen Kosten selbst.

Artikel 14: Suspendierung des Abkommens

Jede Partei kann dieses Abkommen im Falle eines bewaffneten Konflikts, einer Krise oder aus einem anderen Grund von nationalem Interesse durch Notifikation an die andere Partei suspendieren. Die Suspendierung kann mit sofortiger Wirkung erfolgen.

Artikel 15: Beilegung von Streitigkeiten

Allfällige Streitigkeiten, die sich bei der Umsetzung oder der Auslegung dieses Abkommens zwischen den Parteien ergeben, werden auf dem Verhandlungsweg beigelegt.

Artikel 16: Außerkrafttreten bestehender Vereinbarungen

Mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens tritt das Abkommen vom 15. April 2008 zwischen der Österreichischen Bundesregierung und dem Schweizerischen Bundesrat bezüglich der Zusammenarbeit im Bereich der Sicherung des Luftraums gegen nichtmilitärische Bedrohungen aus der Luft und dessen Durchführungsvereinbarung vom 2. und 4. Juni 2008 außer Kraft.

Artikel 17: Schlussbestimmungen

1. Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation durch beide Parteien. Es tritt am ersten Tag des dritten Monats nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

2. Dieses Abkommen kann im gegenseitigen Einverständnis der Parteien jederzeit schriftlich geändert werden.

3. Dieses Abkommen gilt für unbestimmte Dauer. Jede Partei kann es unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten jederzeit durch schriftliche Notifikation an die andere Partei kündigen. Diese Kündigung stellt die aus der Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens bereits entstandenen Rechte und Pflichten der beiden Parteien nicht in Frage.

Geschehen in Wals-Siezenheim, am 28. September 2017, in zwei Ausfertigungen in deutscher Sprache.

Für die Republik Österreich	Für die Schweizerische Eidgenossenschaft
Hans Peter Doskozil m. p.	Guy Parmelin m. p.

[TRANSLATION – TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE SWISS CONFEDERATION CONCERNING COOPERATION IN THE FIELD OF CROSS-BORDER AIRSPACE SECURITY IN CASES OF NON-MILITARY THREATS FROM THE AIR

The Republic of Austria and the Swiss Confederation (hereinafter the Parties),

Intending to promote cooperation between them on the basis of mutual respect and consideration of the interests of the Republic of Austria and the Swiss Confederation,

Desiring to strengthen mutual trust, security and stability in Europe,

Emphasizing the long-standing, close and good neighbourly relations between the Parties,

Considering the strategic importance of airspace for the security of all States,

Desiring to establish an appropriate framework for cooperation on airspace security,

Recalling the Agreement of 19 June 1995 among the States Parties to the North Atlantic Treaty and the other States participating in the Partnership for Peace regarding the Status of their Forces (SOFA PfP), and the Additional Protocol thereto of 19 June 1995,

In accordance with their international obligations,

Have agreed as follows:

Article 1. Purpose and scope

1. The purpose of this Agreement is to establish the terms and forms of bilateral cooperation in the field of cross-border airspace security in cases of non-military threats from the air (hereinafter, "cooperation"), and to determine the status of the military and civilian personnel sent from one Party to the territory of the other Party to that end, as well as that of members of their families.

2. This Agreement shall not apply to the planning, preparation or conduct of operations against military threats.

Article 2. Definitions

For the purposes of this Agreement, the following definitions shall apply:

(a) "Receiving Party" means the Party in whose territory cooperation operations take place;

(b) "Sending Party" means the Party that sends personnel and resources to the territory of the other Party to participate in cooperation operations;

(c) "Personnel of the sending Party" means military and civilian personnel of the armed forces and Ministry of Defence of the sending State who participate in cooperation operations, as well as members of their families;

(d) “Non-military threat from the air” means any threat posed by a manned or unmanned aircraft that is suspected of being used unlawfully and thereby potentially endangering a Party by violating its air sovereignty;

(e) “Operational authority” means the national authority responsible for implementing measures to protect airspace.

Article 3. Sovereignty

Cooperation shall be conducted with due regard for the sovereignty and powers of each Party and shall not in any way affect their competence under international law to protect their own airspace.

Article 4. Competent authorities and implementation arrangements

1. The following shall bear responsibility for the implementation of this Agreement:

- in the Republic of Austria, the Federal Minister of Defence and Sport;
- in the Swiss Confederation, the Federal Department of Defence, Civil Protection and Sport.

2. The authorities referred to in paragraph 1 of this article shall set forth in implementing arrangements the required details for carrying out this Agreement.

Article 5. Cooperation measures

1. In the framework of cooperation, the Parties shall systematically exchange data and information, in particular with regard to the overall situation in the air and the capacity of the Parties to intervene against non-military threats from the air.

2. The Parties shall provide for the following measures, which fall within the scope of cooperation, to be carried out by their aircraft in order to identify suspicious aircraft as defined in article 2 (d):

(a) Tracking and pursuit, including without being detected by the tracked aircraft;

(b) Visual identification;

(c) Escort;

(d) Visual confirmation;

(e) Questioning.

3. The Parties shall provide for the following measures, which fall within the scope of cooperation, to be carried out by their aircraft to intervene against suspicious aircraft as defined in article 2 (d):

(a) Request by radio or signal to alter flight path;

(b) Request by radio or signal to land at a designated airfield;

(c) Use of infrared decoys to make known the presence of the aircraft engaged in cooperation operations and thereby underline the imperative nature of the requests referred to in subparagraphs (a) and (b).

4. Any technical means that contribute to the security of airspace may be employed in the course of cooperation operations.

5. The sending Party shall not be permitted to use weapons in the territory of the receiving Party.

Article 6. Cross-border deployment

1. In the course of cooperation operations, the operational authority of one Party shall decide whether to deploy its aircraft in the airspace of the other Party and shall immediately inform the operational authority of the receiving Party thereof.

2. The deployment of aircraft by one Party in the airspace of the other Party for the purpose of implementing this Agreement shall be permitted and shall not require further approval.

3. The operational authorities of both Parties shall coordinate the deployment of aircraft of the sending Party in the airspace of the receiving Party. The operational authority of the receiving Party may at any time impose limits on the deployment in terms of time and location or demand its termination. The sending Party shall comply with such requests.

4. The operational authority of the receiving Party shall, as soon as possible, assume command of the aircraft deployed by the sending Party under paragraph 2 of this article and shall issue the necessary orders regarding the corresponding measures. The operational authority of the receiving Party shall ensure that those measures are in compliance with this Agreement.

5. If, in the course of cooperation operations, the receiving Party is unable to assume command of aircraft deployed by the sending Party under paragraph 2 of this article, or it would be inexpedient for it to do so, the sending Party may nevertheless take all necessary measures under article 5 (2) and (3); paragraph 3 of this article shall apply accordingly.

Article 7. Operations in temporary restricted or no-fly border zones

1. Where necessary, the Parties shall consult one another when establishing temporary restricted or no-fly zones close to the border in such a way as to create contiguous temporary restricted or no-fly zones on both sides of the border. The Parties shall coordinate in order to make such zones known to the public and to enforce the corresponding restrictions.

2. As long as the restricted or no-fly zones referred to in paragraph 1 of this article are in effect, either Party may take all measures necessary under article 5 (2) and (3) in the airspace of such zones. The operational authorities shall coordinate such measures.

Article 8. Support measures

In the course of cooperation operations, the receiving Party shall enable the sending Party to deploy its resources in the most effective manner possible, including, in particular, by granting:

(a) Operational priority to aircraft from the sending Party in the airspace of the receiving Party;

(b) Adequate holding areas for aircraft in its airspace;

(c) Permission for aircraft to land in the territory of the receiving Party;

(d) Permission for any aircraft from the sending Party that has landed to take off again in order to carry out further operations or return to the territory of the sending Party;

(e) Permission to carry out necessary maintenance or repair work on aircraft from the sending Party that have landed at an air base in the receiving Party and the greatest possible assistance to them;

(f) Permission for the entry, exit and stay of the necessary maintenance and repair personnel;

(g) Permission for the tax and duty-free import and export of materials required for the maintenance and repair work referred to in subparagraph (e), as well as spare parts.

Article 9. Joint exercises

The Parties shall conduct regular joint cross-border exercises to prepare for cooperation operations.

Article 10. Aviation safety

1. The Parties shall be responsible for the technical condition and airworthiness of the aircraft they deploy, as well as for their equipment and safe functioning.

2. In the event of accidents or incidents involving aircraft from the sending Party occurring in the territory of the receiving Party, all technical inquiries and procedures shall be conducted in accordance with the national law of the receiving Party. The receiving Party shall immediately provide the sending Party with all data and relevant information relating to the accident or incident.

3. The sending Party may designate experts who shall have the right to participate in the receiving Party's commission of inquiry, to have access to the site of the accident and to receive all relevant information. The report on the findings of the inquiry shall be transmitted to the sending Party.

4. The receiving Party may, at the request of the sending Party, instruct experts from the sending Party to conduct parts of the inquiry.

5. In addition to the provisions of paragraphs 3 and 4 of this article, and without prejudice to the receiving Party's inquiry, the sending Party may, in consultation with the receiving Party, conduct its own technical inquiry into an accident or incident involving an aircraft of the sending Party that occurs in the territory of the receiving Party. The costs of such an inquiry shall be borne by the sending Party.

Article 11. Legal status

1. The legal status of the sending Party's personnel during their stay in the territory of the receiving Party and the assessment of claims for compensation shall be governed by the provisions of SOFA PfP and the Additional Protocol thereto.

2. While on the territory of the receiving Party, personnel of the sending Party shall comply with the national law, including applicable environmental and safety regulations, of the receiving Party.

3. The receiving Party shall ensure that the administrative prerequisites required for personnel of the sending Party to stay on its territory are in place and shall provide technical and logistical support to the personnel of the sending Party.

4. While in the territory of the receiving Party, personnel of the sending Party shall be entitled to wear their military uniform in accordance with the rules and regulations of the sending Party.

Article 12. Medical care

1. The Parties shall only send personnel who are sufficiently insured against illness and accident.

2. Emergency medical assistance shall be provided free of charge to personnel of the sending Party by the receiving Party. At the request of the sending Party, further treatment of patients and their transfer to medical facilities shall be carried out or arranged by the receiving Party. In such cases, the sending Party shall bear the costs incurred, unless they are covered by insurance.

Article 13. Costs of implementing the Agreement

Each Party shall bear its own costs incurred in implementing this Agreement.

Article 14. Suspension of the Agreement

Either Party may suspend this Agreement by notifying the other Party in the event of armed conflict, crisis or other reasons of national interest. Such notification shall have immediate effect.

Article 15. Settlement of disputes

Any disputes arising between the Parties from the implementation or interpretation of this Agreement shall be settled by negotiation.

Article 16. Expiry of existing arrangements

Upon the entry into force of this Agreement, the Agreement of 15 April 2008 between the Swiss Federal Council and Federal Government of the Republic of Austria concerning collaboration in the field of airspace security in cases of threats posed by non-military aircraft and the implementation agreement thereto of 2 and 4 June 2008 shall cease to be in force.

Article 17. Final provisions

1. This Agreement shall be ratified by both Parties. It shall enter into force on the first day of the third month following the exchange of the instruments of ratification.

2. This Agreement may be amended in writing at any time by mutual consent of the Parties.

3. This Agreement shall remain in force for an indefinite period. Either Party may denounce it at any time by notifying the other Party in writing, subject to six months' notice. Such denunciation shall be without prejudice to the rights and obligations of either Party already established in the framework of cooperation under this Agreement.

DONE at Wals-Siezenheim on 28 September 2017, in duplicate, in the German language.

For the Republic of Austria:
HANS PETER DOSKOZIL

For the Swiss Confederation:
GUY PARMELIN

[TRANSLATION – TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LA CONFÉDÉRATION SUISSE ET LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE SUR LA COLLABORATION EN MATIÈRE DE SÛRETÉ AÉRIENNE TRANSFRONTALIÈRE CONTRE LES MENACES AÉRIENNES NON MILITAIRES

La Confédération suisse et la République d'Autriche, nommées ci-après « les Parties »,

Désireuses de promouvoir leur collaboration basée sur le respect mutuel et la prise en compte des intérêts de la Confédération suisse et de la République d'Autriche,

Soucieuses de renforcer la confiance réciproque, la sécurité et la stabilité en Europe,

Soulignant les relations étroites et de longue date ainsi que les rapports de bon voisinage existant entre les Parties,

Reconnaissant l'importance stratégique de l'espace aérien pour la sécurité de chaque État,

Désireuses de définir un cadre approprié à la collaboration en matière de sûreté aérienne,

Considérant la convention du 19 juin 1995 entre les États parties au Traité de l'Atlantique Nord et les autres États participant au Partenariat pour la paix sur le statut de leurs forces, nommée ci-après « SOFA PpP », et le Protocole additionnel du 19 juin 1995 à la Convention entre les États parties au Traité de l'Atlantique Nord et les autres États participant au Partenariat pour la paix sur le statut de leurs forces, nommé ci-après « Protocole additionnel »,

Conformément à leurs obligations internationales,

Sont convenues des dispositions suivantes :

Article 1. But et champ d'application

1. Le présent Accord fixe les conditions et les modalités de la collaboration bilatérale en matière de sûreté aérienne transfrontalière contre les menaces aériennes non militaires, nommée ci-après « collaboration ». Il définit le statut juridique du personnel militaire et civil et des personnes à sa charge envoyés par une Partie sur le territoire de l'autre Partie.

2. La planification, la préparation et l'exécution de mesures contre des menaces militaires ne sont pas couvertes par le présent Accord.

Article 2. Définitions

Les définitions suivantes sont applicables au sens du présent Accord :

a) Partie hôte : Partie sur le territoire national de laquelle des activités de collaboration se déroulent ;

b) Partie d'envoi : Partie qui envoie du personnel et du matériel sur le territoire national de l'autre Partie pour participer aux activités de collaboration ;

c) Personnel de la Partie d'envoi : personnel militaire et civil des forces armées et du ministère compétent en matière de défense de l'État d'envoi qui participe aux activités de collaboration, ainsi que personnes à sa charge ;

d) Menace aérienne non militaire : menace déclenchée par un aéronef, avec ou sans pilote, soupçonné d'être utilisé illégalement et constituant une menace potentielle pour une Partie en violant sa souveraineté sur l'espace aérien ;

e) Autorité d'engagement : organe national de chaque Partie responsable de l'exécution des mesures visant à assurer la sécurité de l'espace aérien.

Article 3. Souveraineté

La collaboration se fait dans le respect de la souveraineté et des compétences respectives de chacune des Parties. Elle n'empiète d'aucune façon sur leur compétence en matière de droit international concernant la sécurité de leur propre espace aérien.

Article 4. Responsabilités et conventions de mise en œuvre

1. Les autorités responsables de la mise en œuvre du présent Accord sont :

- pour la République d'Autriche, le Ministère fédéral de la Défense et des Sports, et
- pour la Confédération suisse, le Département fédéral de la défense, de la protection de la population et des sports.

2. Les autorités visées à l'alinéa 1 fixent, dans des conventions d'application, les modalités requises pour la mise en œuvre du présent Accord.

Article 5. Mesures de collaboration

1. Dans le cadre de la collaboration, les Parties échangent systématiquement des données et des renseignements, notamment en ce qui concerne la situation aérienne générale ainsi que les capacités d'intervention des Parties contre des menaces aériennes non militaires.

2. Les Parties envisagent les mesures ci-après, autorisées dans le cadre de la collaboration, pour l'identification d'aéronefs suspects par leurs aéronefs au sens de l'article 2, lettre d :

a) Surveillance et poursuite, également hors du champ de visibilité de l'aéronef surveillé ;

b) Identification visuelle ;

c) Escorte ;

d) Établissement de signaux visuels ;

e) Interrogation.

3. Les Parties envisagent les mesures ci-après, autorisées dans le cadre de la collaboration, pour l'intervention contre des aéronefs suspects par leurs aéronefs au sens de l'article 2, lettre d :

a) Sommation par radio ou signe intimant de changer de trajectoire ;

b) Sommation par radio ou signe intimant d'atterrir sur un aérodrome désigné ;

c) Mise en évidence, au moyen de tirs de leurres thermiques, de la présence des aéronefs engagés dans le cadre de la collaboration, comme appui à la sommation selon les lettres a et b.

4. Tous les moyens techniques concourant à la sûreté aérienne peuvent être engagés dans le cadre de la collaboration.

5. La Partie d'envoi n'est pas autorisée à utiliser des armes sur le territoire de la Partie hôte.

Article 6. Engagement transfrontalier

1. Dans le cadre de la collaboration, l'autorité d'engagement d'une Partie décide du déploiement de ses propres aéronefs dans l'espace aérien de l'autre Partie et en informe immédiatement l'autorité d'engagement de la Partie hôte.

2. L'engagement d'aéronefs d'une Partie dans l'espace aérien de l'autre Partie à des fins de mise en œuvre du présent Accord est admis et ne requiert aucune autorisation supplémentaire.

3. Les autorités d'engagement des deux Parties coordonnent l'engagement des aéronefs de la Partie d'envoi dans l'espace aérien de la Partie hôte. L'autorité d'engagement de la Partie hôte peut en tout temps limiter l'engagement dans le temps et dans l'espace, ou demander d'y mettre fin. La Partie d'envoi accède à ces demandes.

4. L'autorité d'engagement de la Partie hôte assure aussi rapidement que possible la conduite de l'engagement des aéronefs de la Partie d'envoi engagés au sens de l'alinéa 2 et donne les ordres nécessaires concernant les mesures à prendre. L'autorité d'engagement de la Partie hôte s'assure que les mesures ordonnées sont autorisées dans le cadre du présent Accord. 5. Si la Partie hôte est dans l'impossibilité, dans le cadre de la collaboration, d'assurer la conduite des aéronefs de la Partie d'envoi engagés selon l'alinéa 2, ou que cela est inopportun, la Partie d'envoi peut néanmoins prendre toutes les mesures nécessaires selon l'article 5, alinéas 2 et 3 ; l'alinéa 3 s'applique par analogie.

Article 7. Engagement dans des zones de vol frontalières temporairement réglementées ou interdites

1. Au besoin, les deux Parties conviennent, lors de la définition de zones de vol temporairement réglementées ou interdites dans les régions frontalières, que les zones de vol temporairement réglementées ou interdites limitrophes s'étendent des deux côtés de la frontière commune. Les deux Parties coordonnent leurs mesures relatives à la publication et l'imposition de ces zones.

2. Durant l'existence de zones de vol réglementées ou interdites selon l'alinéa 1, les deux Parties peuvent prendre toutes les mesures nécessaires dans l'espace aérien de ces zones au sens de l'article 5, alinéas 2 et 3. Les autorités d'engagement coordonnent les mesures.

Article 8. Mesures d'appui

Dans le cadre du présent Accord, la Partie hôte permet à la Partie d'envoi d'engager ses moyens de manière optimale. Cela englobe en particulier :

a) le traitement prioritaire des aéronefs de la Partie d'envoi dans l'espace aérien de la Partie hôte ;

b) l'attribution de secteurs d'attente adéquats dans le propre espace aérien ;

c) l'autorisation d'atterrir sur le territoire de la Partie hôte ;

d) l'autorisation de décoller pour tout aéronef ayant atterri sur le territoire de la Partie hôte, afin qu'il puisse effectuer une nouvelle mission ou retourner sur le territoire de la Partie d'envoi ;

e) l'autorisation d'effectuer des travaux de maintenance ou de réparation nécessaires sur des aéronefs de la Partie d'envoi ayant atterri sur un aérodrome de la Partie hôte, ainsi que le meilleur appui possible ;

f) l'autorisation d'entrée, de sortie et de séjour du personnel de maintenance et de réparation nécessaire ;

g) l'autorisation d'importer et d'exporter, sans impôts ni redevances, le matériel requis pour les travaux de maintenance et de réparation au sens de la lettre e, ainsi que les pièces de rechange.

Article 9. Exercices communs

Les Parties effectuent régulièrement des exercices transfrontaliers pour préparer la collaboration.

Article 10. Sûreté aérienne

1. Lors d'engagements, les deux Parties répondent de l'état technique et de l'aptitude au vol de leurs propres aéronefs ainsi que de leur équipement et de leur fonctionnement sûr.

2. En cas d'accident ou d'incident impliquant des aéronefs de la Partie d'envoi sur le territoire national de la Partie hôte, toutes les enquêtes et procédures techniques sont effectuées en conformité avec la législation en vigueur sur le territoire national de la Partie hôte. Le cas échéant, la Partie hôte transmet immédiatement à la Partie d'envoi toutes les données et informations pertinentes sur l'accident ou l'incident.

3. La Partie d'envoi peut désigner des experts techniques habilités à participer à la commission d'enquête, à accéder au lieu de l'accident et à obtenir toutes les informations y afférentes. Le rapport sur les résultats de l'enquête est transmis à la Partie d'envoi.

4. La Partie hôte peut, sur demande de la Partie d'envoi, autoriser des experts techniques de la Partie d'envoi à effectuer des parties de l'enquête.

5. En complément aux alinéas 3 et 4, et sans gêner les enquêtes de la Partie hôte, la Partie d'envoi peut, d'entente avec la Partie hôte, effectuer sa propre enquête technique concernant un accident ou un incident survenu sur le territoire national de la Partie hôte et impliquant l'un de ses propres aéronefs. Les coûts d'une telle enquête sont à la charge de la Partie d'envoi.

Article 11. Statut juridique

1. Le statut juridique de la Partie d'envoi pendant son séjour sur le territoire national de la Partie hôte et l'évaluation d'actions en dommages et intérêts sont régis par le SOFA du PpP et son Protocole additionnel.

2. Le personnel de la Partie d'envoi en séjour sur le territoire national de la Partie hôte doit respecter la législation nationale de cette dernière, notamment les prescriptions en vigueur dans les domaines de la sécurité et de la protection de l'environnement.

3. La Partie hôte aménage les conditions administratives nécessaires au séjour du personnel de la Partie d'envoi sur son territoire national et lui apporte son aide pour les questions techniques et logistiques.

4. Le personnel de la Partie d'envoi en séjour sur le territoire national de la Partie hôte est autorisé à porter l'uniforme militaire conformément aux dispositions et règlements de la Partie d'envoi.

Article 12. Soins médicaux

1. Les deux Parties n'envoient que du personnel entièrement assuré contre la maladie et les accidents.

2. La Partie hôte fournit gratuitement les soins médicaux d'urgence au personnel de la Partie d'envoi. Sur demande de la Partie d'envoi, la suite du traitement des patients ainsi que leur transfert dans des établissements médicaux sont mandatés ou effectués par la Partie hôte. Le cas échéant, la Partie d'envoi prend en charge les coûts y afférents, dans la mesure où ils ne sont pas déjà couverts par une assurance.

Article 13. Frais de mise en œuvre

Chacune des Parties prend à sa charge les frais que la mise en œuvre du présent Accord occasionne à ses forces armées.

Article 14. Suspension

En cas de guerre ou de crise, ou pour toute autre raison d'intérêt national, chaque Partie peut suspendre le présent accord par notification à l'autre Partie. La suspension peut prendre effet immédiatement.

Article 15. Règlement des différends

Tout différend qui pourrait résulter de l'application ou de l'interprétation du présent accord est réglé par la voie de la négociation entre les Parties.

Article 16. Abrogation des conventions existantes

L'Accord du 15 avril 2008 entre le Conseil fédéral suisse et le Gouvernement fédéral de la République d'Autriche sur la collaboration en matière de sûreté aérienne contre des menaces aériennes non militaires ainsi que sa convention d'application des 2 et 4 juin 2008 sont abrogés avec l'entrée en vigueur du présent Accord.

Article 17. Dispositions finales

1. Le présent Accord est ratifié par les deux Parties. Il entre en vigueur le premier jour du troisième mois suivant l'échange des instruments de ratification.

2. Le présent Accord peut être amendé à tout moment par écrit d'un commun accord entre les Parties.

3. Le présent Accord est valable pour une durée indéterminée. Chacune des Parties peut le dénoncer à tout moment par notification écrite à l'autre Partie moyennant un préavis de six mois. Cette dénonciation ne remet pas en cause les droits et obligations des Parties découlant de la collaboration engagée dans le cadre du présent Accord.

FAIT à Wals-Siezenheim, le 28 septembre 2017, en deux exemplaires en langue allemande.

Pour la Confédération suisse :
GUY PARMELIN

Pour la République d'Autriche :
HANS PETER DOSKOZIL